

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen  
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 18.

Berlin, den 14. Januar 1917.

11. Jahrgang.

## Die Sünden der Opposition.

Die Anhänger und Wortführer der Fraktions- und Vorstandspolitik können dem umfangreichen Register, in das sie die Sünden der Parteiopposition eingetragen haben, eine neue Rubrik zufügen: die Opposition hat eine „Sonderkonferenz“ abgehalten, von der der Parteivorstand behauptete, daß sie „mit der organisatorischen Einheit der Partei unvereinbar“ sei. In der offiziellen Warnung oder Drohung, die er im „Vorwärts“ vom 4. Januar an die Parteigenossen richtete, verschwieg er aber sehr vorsichtig den im Einladungszirkular enthaltenen Zweck der Zusammenkunft. Als dann die Genossen Haase, Ledebour und Bogherr dem „Vorwärts“ eine Erklärung sandten, in der der wahre Zweck der Zusammenkunft ausdrücklich festgelegt wurde, leistete sich der „Vorwärts“ die Bemerkung, diese Erklärung sei ein „Advokatentrick“, der „in rabulistisch-talmudistischer Weise“ die deutlich erkennbare Spaltungstendenz dieses Vorhabens umdeuten möchte. Damit glaubten der Vorstand und sein „Vorwärts“, die Beschützer und Förderer der Sonderorganisationen der Groger-Thurow-Gruppe und des planmäßig in Sektionen organisierten und mit der Beitragsperre drohenden „Diskutierklubs“ „Vorwärts“, haarklein bewiesen zu haben, daß die Zusammenkunft eine organisationswidrige „Sonderkonferenz“ sei. Da ihnen aber die Angelegenheit sehr an die Nieren ging, sie sich selbst aber nicht weiter in geistige Unkosten stürzen wollten oder konnten, machte sich der Vorstands-„Vorwärts“ zu eigen, was die liebe J. K. über die Besprechung der Opposition zu sagen hatte. „Ein bekannter Parteigenosse“ schrieb der J. K.:

„Die Delegation soll in den Kreisen, in denen die Opposition die Leitung besitzt, ganz offiziell von der Organisation nach Maßgabe der Bestimmungen über Besichtigung des Parteitages erfolgen. In den anderen Kreisen soll die Regelung der Besichtigung den Vertrauensleuten der Opposition überlassen bleiben. Die Kosten haben die Delegierenden zu tragen, d. h. in den bezeichneten Kreisen sollen die Parteimittel dazu verwandt werden. In der Konferenz soll die Taktik der Opposition besprochen werden, wobei sehr eingehend die Frage der Beitragsperre und der Massenaktionen verhandelt werden wird. Das Ziel ist: eine Einheit der Opposition zu erreichen, um so den Kampf gegen die Parteileitung und die Parteimehrheit systematischer und erfolgreicher betreiben zu können. Dann soll weiter beraten werden, wie die Gewerkschaften für die Opposition erobert werden könnten. Und weiter soll die Friedensfrage behan-

delt werden. — Man sieht: ein reichhaltiges und weitgreifendes Programm. — Wird die Partei dazu schweigen? Wird sie ruhig ihre Organisationen und die Parteimittel für die einseitigen Zwecke der Opposition und der Parteispaltung mißbrauchen lassen? Denn daß die Einberufung der Konferenz ein Verstoß gegen die Parteitagbeschlüsse, gegen die Parteitraditionen und des Parteistatutes ist, wird doch niemand im Ernste bezweifeln wollen. Daran ändert auch das heuchlerische Getue der Einberufer nichts, daß sie gerade durch die Einberufung der Konferenz die Einheit der Partei erreichen wollen. Also durch Spaltung zur Einheit, das ist ihr Programm. Ob die Konferenz einen praktischen Erfolg haben wird, ob vor allem die Einigung mit den Spartakusleuten ermöglicht wird, ist allerdings fraglich. Denn daß diese auf ihr Postulat, auf die „Massenaktion“, verzichten sollten, nur um den Haase, Ledebour in den Sattel zu helfen, ist kaum anzunehmen.“

Bis hierher hat der Vorstands-„Vorwärts“ sich die J. K.-Ausführungen des „bekannten Parteigenossen“ zu eigen gemacht. Unsere Leser wird aber interessieren, was die J. K. noch weiter über die Zusammenkunft zu sagen hat. Diese berufene Vorkämpferin für Parteeinheit gibt ihren Angriffen auf die Parteiopposition die schöne Ueberschrift: „Die Angst vor dem Frieden.“

Ja, es ist kein schlechter Witz, ausgerechnet die Leutchen, die einzig und allein dem Belagerungs- und Kriegszustande ihr Blühen und Gedeihen und die Herrschaft ihrer Instanzen- und Machtpolitik verdanken, werfen der Opposition vor, sie habe Angst vor dem Frieden.

Doch hören wir weiter, was der „bekannte Parteigenosse“ der J. K. über die Besprechung der Opposition zu sagen hat und was der „Vorwärts“ seinen Lesern schamhaft verschwiegen:

„Zwar hat die „Bergische Arbeiterstimme“ ihnen ängstlich mahnend zugerufen:

„Politische Erfolge können nur durch Kompromisse erreicht werden. Wer seine Prinzipienreinheit also spiegelblank erhalten will, der kann nicht im politischen Leben bleiben.“

Aber die Spartakusleute sind meistens politische Hartköpfe. Das unterscheidet sie ja gerade von dem Molken-Brei der Arbeitsgemeinschaft. Sie sollen zwar mit allen schönen Redensarten dafür gewonnen werden, daß die Haase-Ledebour die „Leitung der Partei“ übernehmen, ob sie aber darauf reinfallen, ist wohl fraglich.

Die Gewerkschaften haben den Einberufern der Konferenz bereits die passende Antwort erteilt. Schrieb doch der „Grundstein“ (das Organ der Bauarbeiter):

„Zapfen längst haben sie angekündigt, daß der Streit in der Partei auch für die Gewerkschaften üble Folgen haben werde und haben müßte. Wir erwarten von den gewerkschaftlich organisierten

Arbeitern — auch von denen, die sich politisch zur Opposition zählen — daß sie diesen Schädlingen in unserer Bewegung mit aller Kraft entgegen wirken. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, Leute, die sich bewußter Weise an den Arbeiterinteressen veründigen, rask und rücksichtslos aus ihren Reihen zu entfernen.“

Und das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ fügte diesem verständigen Urteile hinzu:

„Die Gewerkschaften werden daher die Zerspaltung sehr schnell und rationell darüber aufklären, daß die Methoden der Parteispaltung bei ihnen nicht anwendbar sind.“

Die ganze Veranstaltung zeigt aber, welche Angst diese Herren vor dem Frieden haben. Sie wissen, daß ihre Frucht nur reifen kann, solange die Mißstimmung über die unerfreulichen Begleiterscheinungen des Krieges in vielen Arbeiterkreisen besteht. Diese Mißstimmung haben sie für ihre Sonderzwecke auszunützen verstanden. Wären normale Verhältnisse, so bräche ihre ganze Wache schnellstens an dem gesunden Sinn der Arbeiter zusammen, und wären unsere „Feldgrauen“ erst wieder in unseren Reihen, so würden sie diesen Zerstörungsherostraten sehr bald den Standpunkt klar machen. Inzwischen aber arbeiten diese Leute mit Hochdruck, um noch einzubringen, was sie in monatelanger gewissenloser Verleumdungsarbeit geäet haben.“

Dies aufgeregte Gebelle, das vor der Besprechung der Opposition zu hören war und das nach ihr erst recht losgehen wird — der Vorstands-„Vorwärts“ der letzten Tage gibt davon schon einen Vorgeschmack — beweist nur, daß wir reiten. Die Opposition wird und muß die Anregungen, die die Zusammenkunft gegeben hat, in die Tat umsetzen, muß das Lebenselement unserer Bewegung: die klaren und bestimmten Forderungen des Sozialismus und der Demokratie, wieder freimachen von allem Opportunismus, aller Kriegsdiplomatie und Instanzdiktatur, sie muß die innere, grundsätzliche Einheit der Partei wieder zur Geltung bringen suchen, damit die Sozialdemokratie allen Arbeitern wieder als entschiedene Vorkämpferin der proletarischen Interessen erscheint. Dann wird auch aus all den Irrungen und Wirrungen der Kriegszeit heraus, die äußere, organisatorische Einheit der Partei wieder erstehen, geläutert und ausgebaut nach den Lehren und Erfahrungen, die uns die Weltkatastrophe auch für unser Parteileben gebracht hat. Bis dahin hat die Opposition mit allen Möglichkeiten zu rechnen und sich darauf einzurichten. Es liegt im Wesen der Gewaltpolitik, daß sie aus eigenem Selbsterhaltungstrieb zu immer neuen Gewaltmitteln greifen muß. So können dem Gewaltreiche des Parteivorstandes gegen den „Vorwärts“, gegen die Berliner Parteiorganisation, gegen Bremen usw. noch andere folgen, ja man darf die Möglichkeit nicht außer Acht lassen, daß unsere starken Männer auch gleich auf das Ganze gehen und dekretieren, die gesamte Opposition habe sich „außerhalb der Partei gestellt“; alles natürlich, um die „Einheit“ der Partei zu wahren.

Daß der Hinweis auf all diese Möglichkeiten nicht bloßer Schwarzseherei entspringt, das ließe sich durch eine ganze Anzahl von Äußerungen

beweisen, die aus den Kreisen der Vorstandsanhänger in der letzten Zeit gekommen sind. Besonders charakteristisch sind die Ausführungen, die am 6. Januar auf der württembergischen Landeskongress in einem Vortrage des Genossen Keil gemacht worden sind. Dieser, ein besonders fanatischer, aber auch tatkräftiger Parteigänger der Vorstandspolitik, der ganz besonders zur Zerreißung unserer Bewegung in Württemberg beigetragen hat, sagte: „Wenn die Opposition, wie es jetzt schein, ihre Zugehörigkeit zur Partei nur noch dazu mißbrauche, die Organisation zu sprengen, dann sei der Zeitpunkt gekommen, dem Hängen und Würgen ein Ende zu machen, und denen, die aus Verbissenheit die Partei zerrütten wollen, die Möglichkeit zu nehmen, sich als Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie aufzuspielen.“

Angeichts der engen Fäden, die zwischen Stuttgart und der Lindenstraße in Berlin hinüber- und herüberspielen — der Vorstoß der württembergischen Frauen gegen die „Gleichheit“ war schon ein Beweis dafür — ist diese Aufforderung zum Hinauswurf der Opposition aus der Partei immerhin zu beachten.

Nach der Oppositions-Besprechung vom 7. Januar haben die Retter der Parteeinheit vom Schlage Keils freilich nicht mehr den geringsten Anlaß, die Gegner der Fraktions- und Vorstandspolitik als vereinzelte „Querköpfe“ und verbohrtete „Parteischädlinge“ abzutun, ebensowenig wie sich der Parteistreit noch weiter als ein bedeutungsloser „Literaten-Krakehl“ bezeichnen läßt. Denn auf der Zusammenkunft war die Zahl der Abgeordneten, Parteiangestellten und Literaten sehr gering, gegenüber der Zahl der wirklichen Arbeiter und der proletarischen Vertreter aus den verschiedenen Organisationen dagegen sehr groß. Die Tatsache, daß 72 Organisationen auf der Zusammenkunft vertreten waren, gibt noch kein klares Bild von der Stärke der Opposition. Denn eine ganze Anzahl von Kreisen, die schon jetzt vollständig auf oppositionellem Boden stehen, und solche, in denen die Opposition eine starke Gefolgschaft hat, waren aus finanziellen Gründen, oder aus solchen, die im Arbeitsverhältnis zu suchen sind, auf der Besprechung nicht zugegen. Andererseits aber waren ganze Bezirke, die eine stattliche Zahl von Wahlkreisen umfassen, und zwar gerade die zahlreichsten und rührigsten (Berlin, Leipzig, Halle, Frankfurt a. M., Niederrhein) vertreten.

Aber das ist gerade die größte Sünde der Opposition in den Augen der Vorstandsleute: sie ist so groß und so stark geworden, daß man sie nicht mehr verächtlich auf die Seite schieben kann. Und wenn die J. K. der Opposition „Angst vor dem Frieden“ andichtet, so spricht daraus die eigene Angst vor der Zeit, in der es keinen Belagerungszustand, keine Zensur, keine Einziehungen und keine Schutzhaft mehr geben wird, die Angst

vor der Zeit, in der die Opposition alle ihre Argumente gegen die Kriegssünden der Fraktion und des Vorstandes den Arbeitern und den „Feldgrauen“ unterbreiten kann.

Und was die Arbeit für den Frieden selbst anbetrifft, so kann die Opposition für sich in Anspruch nehmen, daß sie von Anfang an ehrlich und entschieden für eine Herbeiführung des Friedens eingetreten ist. Aber wenn sie mit Gründen kam, die jetzt auch Scheidemann seiner Friedensdiplomatie einverleiht hat, dann kamen eben dieselben Scheidemann her und denunzierten die Vertreter der Opposition als Kriegsverlängerer und Helfershelfer des feindlichen Auslandes. Dieses sympathische Kunststück hat sich erst in diesen Tagen noch der Vorstands-„Vorwärts“ geleistet, indem er die Kritik des deutschen Friedensangebotes durch die Opposition in Zusammenhang bringt mit der Ablehnung dieses Angebotes durch die Entente-Regierungen. Wie die deutsche Parteiopposition über die Friedensfrage denkt, das hat sie auf ihrer Zusammenkunft in dem vom Genossen Kautsky begründeten Manifest niedergelegt. Das wird, wenn auch langsam, seinen Weg finden zu den Arbeitern im Auslande und wird sie stärken zum Kampfe gegen ihre kriegswütigen Regierungen und ihre mit diesen verbündeten Regierungssozialisten. Und das wird wirksamer sein als die im Zeichen Bethmann-Hollwegs gehaltenen Friedensreden Scheidemanns und die widerspruchsvollen Friedensartikel des Vorstands-„Vorwärts“, in denen man mit der einen Hand freundlich streichelt, gleichzeitig aber dem Gestreichelten mit der andern Faust unter die Nase fährt.

Der Vorstands-„Vorwärts“ leistet sich in seiner Besprechung der oppositionellen Zusammenkunft das billige Vergnügen, die Spartakusgruppe gegen die hinter der Arbeitsgemeinschaft stehende Opposition auszuspielen. Neu ist dieses Spiel ja nicht, denn die J. K. usw. suchen schon seit langem die Spartakusleute als die konsequenten, zielklaren und entschiedenen Köpfe totzutoben. Aber vom Vorstands-„Vorwärts“ ist diese Taktik nicht gerade klug gewählt in einer Zeit, in der er sich mit seinen Mehrheitsfreunden Lensch, Cohen usw. wegen seiner Friedenspolitik herumgeschlagen muß, von anderen Meinungsverschiedenheiten im Lager der Fraktions- und Vorstandsanhänger ganz zu schweigen. Was wir zu den Anschauungen und zu dem Verhalten der Spartakusgruppe zu sagen haben, werden wir zur gegebenen Zeit schon sagen, auf keinen Fall aber wird es dem Vorstände und seinem „Vorwärts“ gelingen, an dem Feuer, das er sich an den Meinungsverschiedenheiten zwischen Spartakusgruppe und Arbeitsgemeinschaft angezündet hat, den Leim zu kochen, mit dem er die „Einheit“ der Partei, wie sie die „neuorientierten“ Parteiführer verstehen, wieder zusammenpappen kann. Dazu haben sie durch ihre Gewaltmaßregeln und das ganze Drum und Dran ihrer Kriegspolitik zu sehr gegen die wirkliche Einheit der Partei gewirkt.

Die Tagung der Opposition hat den Willen

und getan, den Kampf gegen den Imperialismus und damit gegen unsere Sozialimperialisten aller Schattierungen für eine entschiedene sozialistische und demokratische Politik zu führen. Sie nimmt für sich das gleiche gute Recht und das Bewußtsein ihrer ehrlichen Ueberzeugung in Anspruch, wie es die Verfechter der Fraktionspolitik für ihre Ueberzeugung tun. Will man die Anhänger der Opposition als Leute niederen Parteiinteresses behandeln, will man sie sogar, wie Keil anrät, aus der Partei drängen, so mag man es tun; die Arbeiter und die „Feldgrauen“ werden dann sehen, wer die Einheit durch die Tat zerstört hat. Unsere nächste Pflicht ist aber, im Rahmen der Partei die Sache der Opposition und die Anregungen der Zusammenkunft vom 7. Januar zur Geltung zu bringen, nicht um des Streites als solchen willen, sondern um damit der Gesundung unserer Partei, der Sache des Sozialismus und der Demokratie am besten zu dienen und die Arbeiterbewegung für die Kämpfe der Zukunft schlagfertig zu machen.

## Besprechung der Parteiopposition zu Berlin

am 7. Januar 1917.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat zum 7. Januar Vertreter der Parteiopposition beider Richtungen zu einer gemeinsamen Besprechung mit der Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufen, um über die Taktik der oppositionellen Abgeordneten im Reichstag und über Schutzmaßregeln gegen das Verhalten des Parteivorstandes zu beraten. Im Namen der Fraktion der A. G., deren Vorstand die Verhandlungen leitete, begrüßte Ledebour die Erschienenen. Anwesend waren 157 Genossen; 19 Reichstagsabgeordnete und 138, davon etwa 35 Genossen von der Spartakusgruppe. Betreten sind 72 Kreise.

Nachdem Uebereinstimmung über die Art der Vertretung und die Verhandlungen konstatiert worden war, erhielt Haase das Wort zum einleitenden Referat.

Er wies zunächst die Erklärung des Parteivorstandes zurück, daß die Besprechung einen Bruch des Organisationsstatuts bedeute. Der Parteivorstand habe ein für allemal das Recht verwirkt, anderen Parteigenossen diesen Vorwurf zu machen. Er habe selbst einen klaren Bruch des Organisationsstatuts verübt; er, der selbst neben rechtmäßigen Berliner Organisationen Sonderorganisationen, so den Diskutterklub „Vorwärts“, pflegt und schützt, habe kein Recht, gegen Sonderorganisationen aufzutreten. Der Redner gab dann eine Charakteristik der Politik des Parteivorstandes und der alten Fraktion, wie sie zum Ausdruck kommt zunächst im neuen „Vorwärts“, dessen Niveau tief gesunken sei. Nicht grundsätzliche Aufklärung, sondern Vermischung der Klassengegenstände betreibe der „Vorwärts“, der im Ausland nicht mehr als Organ der Sozialdemokratie, sondern als offizielles Organ der deutschen Regierung angesehen werde. Jede Scheintongession der Regierung werde begrüßt als wertvolle Bereicherung der Kulturgüter des Proletariats. Das gelte auch für die Friedensfrage, in der sich die alte Fraktion und der Parteivorstand in Bethmann-Hollwegs behandeln lasse, der nicht daran denke, die Friedensziele der Sozialdemokratie zu vertreten. Die selbstverständliche, den demokratischen Grundfähen entsprechende Forderung, im Reichstag zu der Frie-

densrede des Kanzlers das Wort zu nehmen, sei von der alten Fraktion abgelehnt worden, nachdem die Regierung es gewünscht habe. Sie habe für das Arbeitszwangsacien bestimmt. Das alles könne nicht gerechtfertigt werden. Darum sei es nicht nur Recht, sondern Pflicht der auf dem Boden der Opposition stehenden Parteigenossen, sich im Rahmen des Parteistatuts zusammenzuschließen, nicht isoliert zu bleiben. Es gelte in der Partei zu bleiben, die uns aus Herz gewachsen sei, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß über kurz oder lang die Massen für die Opposition gewonnen werden. Es wäre töricht, sich zu einer Sekte zurückdrängen zu lassen. Die Arbeiterbewegung könne nur als Massenbewegung existieren. Die Massenbewegung dürfe aber nicht auf den Boden des alten Tradeunionismus herabsinken, sondern müsse erfüllt sein vom alten sozialdemokratischen Geiste.

Genosse Lipinski = Leipzig behandelte die organisatorischen Notwendigkeiten der Opposition. Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, den Kampf um die politische Macht zu führen, um die kapitalistische Produktionsweise umzugestalten. Die Politik des Parteivorstandes und der Mehrheitsfraktion laufe aber auf eine bedingungslose Unterstützung der Regierungspolitik hinaus. Um dieses Ziel zu erreichen habe der Parteivorstand die klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts einfach beiseite geschoben. Das zwingt uns, die Parteigenossen mobil zu machen. Sie für unsere Auffassung zu gewinnen. Auch die jetzt vom Parteivorstand materiell abhängige Presse müsse für die Opposition wieder dienstbar gemacht werden. Undenktlich sei aber dabei die Beitragsperre, die praktisch keinen Erfolg verspreche, die Macht des Parteivorstandes nicht verähre, ihm aber ein formales Recht gebe, gegen die Organisationen vorzugehen. Notwendig sei der Zusammenschluß der Opposition, der mündliche Verkehr der oppositionellen Genossen in den Bezirken und Ortsgruppen — alles im Rahmen der Partei.

Nach Lipinski sprach der Referent der auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale“ stehenden Genossen. Er begrüßte das Zustandekommen der Besprechung, die von der Spartakus-Gruppe schon im Sommer gefordert wurde. Er erklärte jedoch von vornherein, daß es sich nur um einen Zusammenschluß für einen Tag, um gemeinsame Beratungen handeln könne. Um mit der Arbeitsgemeinschaft durch die und dünn zu gehen, hätten keine Freunde kein Vertrauen. Die Schwierigkeit, mit der Arbeitsgemeinschaft ein Bündnis einzugehen, beruhe schon darin, daß die Arbeitsgemeinschaft keinen einheitlichen Standpunkt habe. Das trete besonders hervor in der Frage der Landesverteidigung. Während der Arb.-Gem. Lipinski in dieser Frage im wesentlichen mit der Mehrheit gehe, Ledebour die Stellungnahme von der Kriegslage abhängig mache, stehe die Gruppe „Internationale“ auf dem grundsätzlichen Boden, der durch die Genossin Dunder auf der Reichskonferenz vertreten worden sei. Zur Besprechung der parteipolitischen Fragen übergehend erläuterte er die von seinen Freunden vorgelegte Resolution. Nicht nur der neue „Vorwärts“ und die Organisationen seien jetzt Werkzeuge nicht mehr des Klassenkampfes, sondern der Regierung und der Bourgeoisie. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, müsse man die Frage der Beitragsperre und der Zugehörigkeit zur Partei behandeln. Der Klassenkampf müsse jetzt geführt werden gegen den Parteivorstand, der die Organisation zum Werkzeug der Bourgeoisie mache, gegen die Kolb, Heine, Hänisch, gegen die Scheidemänner und gegen die verschwommenen Gestalten der Minderheit in der alten Fraktion und der Arbeitsgemeinschaft. In diesem Kampf Rückfichten zu nehmen auf Formalien, gehe nicht an, es sei ein Machtkampf. Deshalb trete er nächst seinen Freunden nicht für die Spaltung ein; denn sie betrachteten unter dem Belagerungszustand die Organisation als das gegebene Feld des Klassenkampfes. Es gelte, die Partei auf andere Wege zu bringen, damit sie schlagkräftiger werde, als sie sich am 4. August bewiesen habe. Der Hauptton sei auf die Selbsterkennung und die

Aktion der Massen zu legen. Die parlamentarische Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft befriedige nicht, auch sie habe zum mindesten versäumt, in wichtigen Fragen entschiedene Kritik an der Regierung zu üben. Die Beitragsperre sei von Lipinski aus praktischen Erwägungen zurückgewiesen worden. Aber gerade aus praktischen Erwägungen sei sie zu empfehlen. Sie sei das schärfste Mittel der Desavouierung des Parteivorstandes und das einzige Mittel, um die Parteigenossen in der Partei zu halten. Der Kampf müsse mit allen Mitteln geführt werden, selbst wenn er in der Folge zur Spaltung führe, und die Gruppe „Internationale“ sei der Meinung, daß er zur Spaltung der sozialistischen und der imperialistischen Strömungen in der Partei führen werde. Er empfiehlt dringend die Annahme der Resolution der Internationale. Ihre Ablehnung würde große Verantwortung auf die Arbeitsgemeinschaft wälzen.

Zur Diskussion standen eine Resolution der Arbeitsgemeinschaft und eine Resolution der Spartakusgruppe. Gegen die Resolution der Spartakusgruppe richtete sich eine Resolution des Genossen Julian Vorchardt (Gruppe Internationaler Sozialisten Deutschlands), die von der Kreiskonferenz des Wahlkreises Teltow-Beeskow beschlossen worden ist. Vorchardt, seine Resolution begründend, betont, Teltow-Beeskow habe die von ihm vorgelegte Resolution angenommen, nicht die der Spartakusgruppe, die hier als Vertreter des Kreises erscheinen. Deren Resolution habe man ausdrücklich abgelehnt. Sie sei inkonsequent. Er sei für kein Schutz- und Truhbündnis der Arbeitsgemeinschaft. Nur für gemeinsame Maßnahmen der Opposition zur Abwehr der Gewalttätigkeiten des Parteivorstandes. Die Beitragsperre durchzuführen, sei nach den Ereignissen in Bremen und Braunschweig jetzt verdammt Pflicht der Opposition. Was die Opposition trenne, sei der Mangel an einer Tat. Die Macht liege beim Proletariat; es komme darauf an, dem Proletariat diese Macht zum Bewußtsein zu bringen.

Nach längerer, in durchaus sachlichen Formen verlaufenen Diskussion folgten die Schlußworte. Der Vertreter der Spartakusgruppe führte aus: die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft würden nach wenigen Monaten genau das beschließen, was die Spartakusgruppe heute verlange, und die Arbeitsgemeinschaft ablehne. Die Beitragsperre solle den Parteivorstand zum Kampf stellen, während die Arbeitsgemeinschaft dem Kampf ausweiche. Die Spartakusgruppe kämpfe gegen die Mehrheitsanschauungen mit aller Energie, auch wenn sie im Munde von Arbeitsgemeinschaftlern aufträte.

Genosse Lipinski erklärte, die Spartakusgruppe wolle nur mit der Arbeitsgemeinschaft zusammengehen, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft der Spartakusgruppe unterordne und deren Vorschläge annehme. Damit falle ein Teil der Aufgaben der Besprechung in sich zusammen. Die Beitragsperre entwidet der Opposition die Waffe der Presse. Diese Taktik sei durchaus verfehrt. Das Vorgehen der Spartakusgruppe bedeute nicht den gemeinsamen Kampf nach rechts, sondern die Selbstzerfleischung. Es gelte jetzt, gemeinsame Front nach rechts zu nehmen, sowohl gegen den Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit, wie gegen die bürgerlichen Klassen.

Die Abstimmung ergab für die Resolution Vorchardt 6 Stimmen.

Die Resolution der Spartakusgruppe hatte folgenden Wortlaut:

„Die auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale“ stehenden Delegierten beantragen:

1. (Die Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur solange aufrecht erhalten werden, als dies ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt noch beeinträchtigt.) Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und

Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen, die Massen vor der unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie betriebenen imperialistischen Politik zu schützen und um die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen, antimilitaristischen Massenkampf zu benutzen.

2. Dem Parteivorstand ist der ihm zukommende Teil der Beiträge zu sperren. Doch darf dieser Beschluß nur von Wahlkreisverbänden oder einzelnen Wahlkreisen gefaßt und durchgeführt werden.

3. Da wo die Opposition das Übergewicht hat, ist den Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Mehrheit das Recht, ihre Mandate weiter auszuüben, durch die zuständigen Wahlkreise öffentlich abzusprechen. Gegenüber den Mehrheitskandidaturen müssen bei allen Wahlen selbständige Kandidaturen der Opposition aufgestellt werden, wo letzteres unmöglich ist, ist Stimmhaltung zu proklamieren.

4. Ausnützung der Parlamentstribüne als Hilfsmittel für die Massenaktion. Den oppositionellen Reichstagsabgeordneten ist die Pflicht aufzuerlegen, bei ihrem parlamentarischen Auftreten den gesamten Reichstag neben der Regierung als verantwortlich für die herrschenden Zustände hinzustellen und nicht von der Regierung an den Reichstag zu appellieren, sondern sowohl gegen die Regierung wie gegen den Reichstag immer wieder die Arbeitermassen anzurufen und sie zum Kampfe aufzufordern.

5. Friedensaktion durch selbständigen Kampf und Massenaktion des Proletariats, Aufgeben der bisherigen parlamentarischen Friedensaktion, die in gütlichem Zureden der Regierung und Anrufung der bürgerlichen Diplomatie besteht.

6. Verlegung des Schwerpunkts der ganzen politischen Tätigkeit der Opposition in die Selbstbetätigung und Aktion der Massen.

7. Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Zusammenfassung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder.

8. Offenes Schutz- und Trutzbündnis auf der Grundlage der angeführten Leitsätze aller zu einem entschlossenen Kampf gegen die Politik der Parteiinstanzen bereiten Parteiorganisationen und Parteiminderheiten mit eigener Zentralbehörde und Finanzen.

Anmerkung: Durch die Schaffung eines solchen Bündnisses darf sowohl die gesonderte selbständige Existenz der einzelnen Oppositionsrichtungen als Organisationen wie ihre Aktionsfreiheit, eigene Presse und Freiheit der Kritik in keiner Weise beeinträchtigt werden, sofern dies nicht durch die Ausführung gemeinsamer Beschlüsse bedingt ist.

Für diese Resolution wurden 34 Stimmen abgegeben.

Die Entschließung des Genossen Lipinski lautete folgendermaßen:

Seit Ausbruch des Weltkrieges ist der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestrebt, mit allen Mitteln die Gesamtpartei auf die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 festzulegen und sie dieser Politik dienstbar zu machen. Den wachsenden Widerspruch versuchte er durch planmäßige Gewaltmaßregeln unter Verletzung des Organisationsstatuts der Partei niederzuhalten.

Zeichen dieses parteizerrüttenden Treibens sind sein Auftreten in Berlin, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart, die rechtswidrige Auslieferung der Presse an die Anhänger seiner Politik auch an Orten, wo die Parteiorganisationen in großer Mehrheit auf dem Boden der Opposition stehen, die Maßregelung der Redakteure in Berlin, Bremen, Duisburg und Stuttgart, der Mißbrauch des Parteiausschusses zur Deckung der Vorstandspolitik und seines statutenwidrigen Handelns und das Hinausdrängen der oppositionellen Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion.

So hat der Parteivorstand die ihm von der Gesamtpartei auferlegte Pflicht, allen Anschauungen innerhalb der Partei freie Betätigung auf dem Boden des Parteiprogramms zu gewähren, die Unabhängigkeit

und Selbständigkeit der Parteipresse zu wahren, die Parteipresse zum Kampf gegen den Kapitalismus und die von diesen betriebene Politik zusammenzuhalten, fortdauernd verlegt und mit Absicht zur Förderung seiner Sonderbestrebungen, die ihm innerhalb der Organisation zugewiesenen Befugnisse überschritten. Den Parteigenossen erwächst damit die dringende Pflicht, zum Schutze gegen dieses organisationswidrige und die Partei gefährdende Verhalten des Vorstandes, zur Wahrung der Parteigrundsätze und des Parteistatuts einheitlich und entschlossen aufzutreten.

Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zu einander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdet für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.

Die Sperre der Parteibeträge, die als schärfstes Mißtrauensvotum gegen den Parteivorstand gedacht ist, ist als ungeeignet zurückzuweisen, da sie die finanzielle Macht des Parteivorstandes in keiner Weise ändert und ihm nur eine bequeme, wenn auch im Parteistatut nicht begründete Handhabe bietet, Parteiorganisationen „außerhalb der Partei“ zu stellen und ihren Einfluß auf die Entscheidung der Partei auszuschalten.

Diesen Einfluß preiszugeben, wäre ein großer Fehler. Der Parteitag, der nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Garantien und gründlicher Vorbereitung zusammentritt, soll die Opposition auf ihrem Platze finden, wenn es gilt, darüber zu entscheiden, ob die Partei die alten Bahnen aufgeben soll.

Ziel der Sozialdemokratie ist es, die kapitalistische Produktionsweise, deren Anarchie sich besonders im Kriege gezeigt hat, in die sozialistische umzuwandeln, die politische Macht zu diesem Zweck zu erringen und den Kampf um diese zu einem einheitlichen zu gestalten.

Die während des Krieges vom Parteivorstand betriebene Politik ist damit unvereinbar, weil sie die Bourgeoisie stärkt, bei ihrer Machterweiterung hilft, die Arbeiterklasse dagegen noch mehr spaltet und in der Verfolgung des sozialistischen Zieles hemmt.

Aufgabe der Opposition ist es, die arbeitende Klasse auf das alte Kampffeld zurückzuführen und überall die grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie zu fördern.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe fordern wir die Parteigenossen auf, im Sinne vorstehender Vorschläge mit tatkräftigem Eifer zu wirken.

Für diese Entschließung wurden 111 Stimmen abgegeben.

Ein Antrag des Genossen Block-Leipzig, der empfiehlt, dem Beschlusse der Berliner Vertretergeneralversammlung vom 29. Oktober 1916 beizutreten, wonach alle, die den Vorwärtstraub ausgeübt oder begünstigt haben, als ehrlos im Sinne des Parteistatuts anzusehen sind und keine Ämter in der Partei mehr erhalten sollen, wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Sodann sprach Genosse Kautsky über die **Friedensfrage**. Seine Anschauungen sind in nachstehendem, einstimmig angenommenen Manifest niedergelegt.

**Genossen!**

Die Internationale fordert auf Grund der Kongreßbeschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel die sozialistischen Parteien auf, im Falle des Ausbruchs eines Krieges für dessen rasche Beendigung einzutreten.

Demensprechend hat die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sich stets der Parole des Durchhaltens bis zum Siege widersetzt und stets von der Regierung verlangt, daß sie ihre Friedensbereitschaft bekennet. Die Opposition hat ihre Friedenspropaganda nicht erst mit dem Moment begonnen, wo eine solche von der Regierung gut geheißener wurde.

Was die Opposition fordert, war nicht die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis, aber auch nicht die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich, ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen. Was sie fordert, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden der Verständigung ohne Vergewaltigung.

Die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie betrachtet die Friedensbereitschaft, die der Reichskanzler am 12. Dezember v. J. kundgab, als Symptom auf einmündigen Friedenswunsches in den regierenden Kreisen. Sie kann aber die Art der Aufkündigung dieser Bereitschaft nicht als taugliches Mittel zur Erreichung des Friedenszieles anerkennen.

Der Reichskanzler proklamierte das deutsche Reich als Sieger im Weltkrieg. Und doch erschwert das Wachen auf erfochtene Siege den Friedensschluß ebenso, wie die Aufkündigung kommender Siege. Ferner unterließ der Reichskanzler jede genaue Darlegung der Kriegsziele.

Keine der beiden Mächtegruppen hat bisher Kriegsziele erkennen lassen, die der anderen Seite das Eingehen auf Verhandlungen erleichtern. Diese verhängnisvolle Unterlassung ist eine Folge der Macht, welche die Kriegsparteien in den herrschenden Klassen noch besitzen. Deren Einfluß muß gebrochen werden, ehe wir zum Frieden kommen können. Das ist nicht zu erreichen durch diplomatische Transaktionen hinter den Kulissen, sondern nur durch die Einwirkung der Volksmassen auf ihre Regierungen. Nur aus diesem politischen Kampf, nicht aus dem Burgfrieden kann die wirkliche Friedensbereitschaft hervorgehen. Sie erreicht die Aufhebung des Kriegszustandes, erreicht die Freiheit der Presse und der Versammlungen.

Aber auch nur als internationaler Kampf ist das Ringen um den Frieden zu gewinnen. Es darf nicht einseitig bleiben. Mehr als je bedürfen wir in der neuen Situation, die durch das Friedensangebot des Reichskanzlers und die Intervention Wilsons geschaffen worden ist, des internationalen Zusammenhangs der Parteien des proletarischen Sozialismus, der heraufenden Vorhut des Friedens. Mag die Kluggebung dieses Zusammenhangs heute durch äußerliche Gewalten oder durch die Haltung mancher Mehrheiten noch gebremst werden, um so notwendiger ist es, daß diejenigen, die den internationalen Zusammenhang geistig nie aufgegeben haben und bisher schon — wie es auch in Zimmerwald und Skontal geschah — jede Gelegenheit benutzten, ihn zu betonen, ihre innere Übereinstimmung auf das unzweideutige befunden.

Wir halten dafür, daß in allen kriegführenden Ländern für die sozialistischen Parteien die Zeit gekommen ist, von ihren Regierungen eindringlich die genaue Mitteilung der Ziele zu fordern, für die sie den Krieg führen; zu fordern, daß diese Ziele der Art sind, daß sie für keines der betroffenen Völker eine Demütigung oder eine Schädigung seiner Existenzbedingungen bedeuten; daß die Sozialisten überall den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen, die den Krieg über diese Ziele hinaus fortsetzen wollen.

Als demokratische und internationale Partei steht die Sozialdemokratie auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aber die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hat zu keiner der bürgerlichen Regierungen genügendes Vertrauen, um einer von ihnen die Mission der Befreiung der Nationalitäten durch den Krieg zuzuerkennen. Diese Aufgabe allseitig zu lösen kann nur das Werk des siegreichen Proletariats sein.

Doch stehen wir der Freiheit und Selbständigkeit der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs gleichgültig gegenüber. Wir müssen uns entschieden dagegen wehren, daß der Zustand, wie er vor dem Kriege bestand, durch diesen noch verschlechtert wird. Wir lehnen jede Gebietsveränderung ab, die nicht die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung hat. Was die Internationale vor allem gemäß den Beschlüssen ihrer

Kongresse zu fordern hat, sind internationale Abkommen über die Entscheidung aller Konflikte zwischen den Staaten durch Schiedsgerichte und über eine allseitige Einschränkung der Kriegsrüstungen.

Im Weiteren liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges. Sie auszurotten ist die erste Vorbedingung dafür, künftigen Kriegen vorzubeugen. Hier ist die Möglichkeit vorhanden, über den Ausgang vor dem Kriege hinauszugehen, einen Fortschritt zu erzielen für alle, ohne Benachteiligung irgend eines der kriegführenden Teile. Hier wird in besserer Form an materiellen Vorleistungen gegeben, was man vergeblich durch Kriegsschädigung zu erreichen sucht: jede Milliarde im Jahr, die durch eine Verminderung der Rüstungskosten erspart wird, entspricht der Verzinsung einer Kriegsschädigung von 20 Milliarden.

Mit dem Abkommen über Abrüstung und Schiedsgerichte wird auch das Maximum an materiellen Garantien gegen künftige Ueberfälle gegeben, das in der kapitalistischen Gesellschaft durch bestimmte Friedensbedingungen überhaupt erreichbar ist.

Den sichersten Schutzwall des Friedens bildet freilich nur ein politisch machtvolles, geistig selbständiges Proletariat, bildet dessen intensivste Teilnahme an der äußeren Politik, die in vollstem Lichte der Öffentlichkeit zu führen ist.

Macht und Selbständigkeit des Proletariats, Offenheit und Klarheit in der Politik, Einheit im Innern, internationale Solidarität nach Außen, bringen den Frieden, sichern den Frieden.

Ferner wurde folgende, vom Genossen Kurt Eisner eingebrachte und begründete Resolution einstimmig angenommen:

Das Scheitern der Friedensaktion, die deutsche Ablehnung des Wilsonschen Vorschlags zur Vorbereitung einer Friedenskonferenz, die Kriegsziele mitzuteilen und zu diskutieren, und die Zurückweisung des deutschen Angebotes als eines bloßen Kriegsmanövers durch die Entente, bedeutet den völligen Zusammenbruch der Friedenspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit. Es war im Voraus selbstverständlich, daß die Anregung einer Konferenz, ohne zugleich die Grundzüge anzugeben, auf denen sie beraten solle, ein hoffnungsloses Unternehmen war. Die Aktion stand zudem in vollem Widerspruch zu den früheren sogenannten Friedensangeboten des Reichskanzlers, in denen er die Gegner aufforderte, ihre Bedingungen anzugeben, über die die deutsche Regierung zu verhandeln bereit sei, wenn sie mit der Würde und Sicherheit Deutschlands vereinbar wäre. Wenn der Vorwärts jetzt sich der Lösung anschließt, daß nun erst recht durchgefallen werden müsse, da über den Charakter eines deutschen Verteidigungskrieges kein Zweifel mehr möglich sei, so liefert er damit Material zur Unterstützung der Entente-Behauptung, daß das deutsche „Angebot“ vom 12. Dezember 16 überhaupt nur den Zweck gehabt habe, die Kriegsleidenschaft des deutschen Volkes aufzupeitschen, zugleich wird dadurch schon jetzt im Voraus der sozialdemokratischen Fraktion geobnet, selbst einen künftigen radikal-alledeutschen Kanzler die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion anzubieten, da solch Regierungswechsel ja die Folge des Verhaltens der Entente sein würde.

Der natürliche Mißerfolg der mit untauglichen Mitteln unternommenen Friedensaktion, macht jetzt jedermann klar, daß die solche und unfruchtbare Mehrheitspolitik nicht einmal mehr mit Hinten diplomatischer Taktik entschuldigt werden kann.

Für das deutsche Volk gibt es nur noch 2 Wege: Entweder unterstützt man, direkt oder indirekt, die alldeutsche Eroberungspolitik, oder man ruft die proletarischen Massen zu einer selbständigen, gegen die verantwortliche Regierung gerichteten europäischen, demokratischen und sozialistischen Friedenspropaganda auf, die keine Isolierung eines deutschen Friedens, sondern die Schaffung eines Weltfriedens der Völker zum Ziele hat. Kurt Eisner.

Nach Abschluß der eigentlichen Tagesordnung verließ der Genosse Ledebour dem Wunsche Ausdruck, daß die Opposition künftig in Verbindung über Deutschland bleiben möge.

Der Genosse Dittmann führte aus, es ist zum ersten Mal gelungen, während des Krieges eine gemeinsame Tagung aller oppositionellen Parteirichtungen abzuhalten. Die Mehrheit hat gewünscht und gehofft, daß es auf dieser Tagung zu stürmischen Austritten, zum Bruch zwischen Spartakusgruppe und Arbeitergemeinschaft kommen werde. Ihre Hoffnungen sind enttäuscht worden. Wir haben hier in aller Ruhe und Sachlichkeit verhandelt, dabei sind sehr viele Punkte hervorgetreten, in denen wir durchaus gemeinsam vorgehen können. Aber es wäre durchaus falsch, zu glauben, daß zugleich eine Anzahl Differenzpunkte über die Methoden und Mittel des Kampfes gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion hervorgetreten sind. Das beste Spiegelbild dieser verschiedenen Anschauungen bilden die hier beratenen Resolutionen.

Jede Gruppe hat ins Land hinauszugehen, um zu wirken im Sinne ihrer Anschauungen. Ich möchte dem Wunsch Ausdruck geben, daß dies ebenso sachlich und loyal geschieht, wie hier verhandelt worden ist. Auch wir Reichstagsabgeordnete haben aus der Diskussion eine große Anzahl Anregungen empfangen, die für unsere Tätigkeit von großem Wert sein werden und die wir berücksichtigen müssen.

Ich schließe hiermit die Verhandlungen.

\* \* \*

Die vom Genossen Vorchardt im Auftrage der Gruppe Internationale Sozialisten Deutschlands eingebrachte Resolution lautet:

1. Die Opposition verbleibt in der Partei, um die Politik der parlamentarischen Mehrheit auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und zu durchkreuzen, die Massen vor der unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie betriebenen imperialistischen Politik zu schützen und die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen, antiimperialistischen Klassenkampf zu benutzen.

2. Gemeinsame Maßregeln sämtlicher oppositioneller Gruppen, Genossen und Organisationen zur Abwehr der Uebergriffe und Gewaltstreichs der Parteinstanzen.

Anmerkung: Dadurch darf sowohl die gesonderte, selbständige Existenz der einzelnen Oppositionseinrichtungen, wie ihre Aktionsfreiheit, eigene Presse und Freiheit der Kritik in keiner Weise beeinträchtigt werden.

3. Dem Parteivorstand ist der ihm zukommende Teil der Beiträge zu sperren. Doch darf dieser Beschluß nur von Wahlkreisverbänden oder einzelnen Wahlkreisen gefaßt und durchgeführt werden. Die einzelnen Mitglieder bleiben verpflichtet, ihre Beiträge an ihre Organisation zu zahlen.

4. Da, wo die Opposition das Uebergewicht hat, ist den Reichstags- und Landtagsabgeordneten der parlamentarischen Mehrheit das Recht, die Mandate weiter auszuüben, durch die zuständigen Wahlkreise öffentlich abzusprechen.

5. Der wichtigste Zweck der parlamentarischen Tätigkeit ist jetzt die Benutzung der Parlamentarität, um über den kapitalistischen Ursprung, Charakter und Zweck des Krieges volle rückichtslose Klarheit zu verbreiten. Die Abgeordneten haben demgemäß nicht den Wahn zu fassen, als ob der Reichstag helfen wolle und könne, sondern sowohl gegen die Regierung wie gegen den Reichstag immer wieder die Arbeitermassen auf ihre eigene Kraft zu vertreiben.

6. Friedensaktionen durch selbständigen Kampf und Massenaktionen des Proletariats, Aufgeben der bisherigen parlamentarischen Friedensaktionen, die in gütlichem Zureden der Regierung und Anrufung der bürgerlichen Diplomatie besteht.

7. Verleugung des Schwerpunktes der ganzen politischen Tätigkeit der Opposition in die Selbstbetätigung und Aktion der Massen.

8. Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu

diesem Zweck Organisierung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsblattes.

### Noch einmal die Kriegsziele.

In Nr. 13 und 14 des Mitteilungsblattes haben wir den Versuch gemacht, unsere Leser über die verschiedenen Kriegszielbestrebungen, die für die Beurteilung der Kriegsmöglichkeiten von ausschlaggebender Bedeutung sind, zu unterrichten. Dem möchten wir noch nachtragen, daß nicht allein die Alldeutschen, die sechs Wirtschaftsverbände usw. große Eroberungsprogramme aufgestellt haben, sondern daß auch die Freisinnigen neuerdings für „Gebietsverweiterungen“ eintreten. Auf einer Tagung der Fortschrittspartei für Groß-Berlin wurde eine Entschliessung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Parteitag gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Ablehnung des Friedensangebots das deutsche Volk in dem Entschluß bestärken wird, in den Kampf an der Front wie bei den Arbeiten in der Heimat die volle Kraft bis zum letzten Hauche einig und ohne Wanken einzusetzen zur Erringung eines Friedens, der das Reich durch militärische und wirtschaftliche Maßnahmen wie durch notwendige Gebietsverweiterungen für die Zukunft sichert und für den friedlichen Wettstreit der Völker Bedingungen schafft, die in der Heimat wie auf dem freien Meere die Entfaltung aller Kräfte des deutschen Volkes gewährleisten.

Schließlich ist auch noch der „Nationalausschuß“ mit seinen klar formulierten Kriegszielen auf den Plan getreten. Als dieser Ausschuß im vorigen Sommer das Licht der Welt erblickte, wurde er als eine Gründung bezeichnet, die die Kriegspolitik Bethmann-Hollwegs unterstützen solle. In politischen Kreisen ist der Nationalausschuß daher auch stets als ein dem Reichskanzler nahestehendes Gebilde betrachtet worden. Wurde doch gerade aus diesem Grunde als Gegengewicht der auf alldeutschen Boden stehende „Unabhängige Nationalausschuß“ des Professors Küfer ins Leben gerufen.

Jetzt wird auf einmal bekannt, daß der „Nationalausschuß“ bereits im November vorigen Jahres folgende „Voraussetzungen für den Abschluß des Friedens“ festgesetzt hat:

1. Der Friede wird nicht nur ein deutscher, sondern zugleich ein Friede unserer Bundesgenossen sein. Das dauernde Zusammengehen der jetzt verbundenen Mächte muß durch ihn gesichert werden.

2. Ueber die von uns eroberten Gebiete ist auf Grund der Kriegslage unter Betonung der deutschen Interessen zu entscheiden. Vor allem sind die strategisch erforderlichen Grenzberichtigungen zu erstreben. Das Schlagwort „Eroberungspolitik“ darf uns nicht abschrecken.

3. Die Freiheit der Meere für uns und für die übrige nichtenglische Welt, namentlich für die neutralen Mächte, ist zu schaffen.

4. Ein starkes, lebens- und verteidigungsfähiges Kolonialreich muß uns wiedergegeben werden.

5. Eine unseren Opfern entsprechende Kriegsentwädigung ist zu erstreben.

Wir entnehmen dieses „Friedens-Programm“ dem „Vorstands-Vorwärts“, der es mit einer nichtsagenden Verlegenheitsfrage wiedergibt. Dem gegenüber müßten wir die Frage aufstellen: Wer ist nun besser über die Kriegs- oder Friedensziele Bethmann-Hollwegs unterrichtet: die Fürsten, Grafen, Geheimräte

und Professoren, die hinter dem „Nationalausschuß“ stehen, oder Philipp Scheidemann, der ja auch behauptet, über des Reichskanzlers Friedensabsichten ganz genau informiert zu sein, diese Absichten aber ganz anders darstellt, als der Nationalausschuß?

Schade, daß der Vorstand „Vorwärts“ darüber nichts zu sagen weiß. Ebenso schade ist, daß der „Vorwärts“ seinen Lesern verschweigt, daß auch Sozialdemokraten (wenn wir nicht irren, waren es Sude- rum, Pensch und Fendrich) für den Nationalausschuß rednerisch tätig waren. Wir wollen das vom „Vorwärts“ Verfälschte hiermit nachholen.

### Paul Lensch als Reiniger der Partei.

Die Z. A. verbreitet einen Artikel von Paul Lensch, in dem sich der Genannte über die Reichskonferenz der Opposition äußert. „Reinliche Scheidung“ verlangt Paul Lensch. Seine Ausführungen faßt der Mann in folgende Sätze zusammen:

„Für die Mehrheit gilt es nunmehr, aus dieser Situation, die niemand von uns gewollt hat, die sich ohne, ja gegen unser aller Willen vollzogen hat, die Konsequenz zu ziehen! Niemand wird der Mehrheit oder dem Parteivorstand Indolenz oder vorzeitige Schroffheit vorwerfen können. Im Gegenteil! Weiße Kreise der Partei sind der Ansicht, daß früheres, entschlossenes Eingreifen des Parteivorstandes das Uebel gar nicht so weit hätte gedeihen lassen. Das Bemühen, der Opposition etwa „den Wind aus den Segeln“ zu nehmen, das man hier und da glaubte konstatieren zu können, hat ebensowenig irgendwelche Früchte gezeitigt, wie das freundliche Vermöhen der neuen „Vorwärts“-Redaktion, durch gutes Zureden den schwelgenden Brand im Hause der Partei zu beschwichtigen. Die Opposition hatte nur Hohn und Verachtung für beides.“

Jetzt jedoch ist die Entscheidung unerbittlich gestellt. Durch die Abhaltung einer besonderen Reichskonferenz hat die Opposition den Rahmen der Parteinheit endgültig gesprengt. Es wäre eine verhängnisvolle Verblendung, das bestritten zu wollen. Der Parteivorstand ist nunmehr gezwungen, die Mitglieder und Teilnehmer der Konferenz als der Parteizugehörigkeit verlustig zu erklären. Der Parteivorstand hat vor der Konferenz in einer besonderen Erklärung ausdrücklich ausgesprochen, daß diese Konferenz das Siegel auf die Spaltung drückt. Jetzt gilt es, dieses Wort wahr zu machen, wenn anders er Wert darauflegt, daß seine Erklärungen und Warnungen auch in Zukunft als erste und wohlterwogene Manifeste gelten sollen.

Es ist ein schwerer Schritt, und auch die Mehrheit steht hier vor Konsequenzen, die sie früher nie für möglich gehalten. Aber im Grunde handelt es sich nicht um einen neuen Zustand, der durch den Ausschluß der Konferenzmitglieder herbeigeführt werden soll. Der Akt, den jetzt der Parteivorstand — sicherlich erst nach Beratung mit dem Parteiausschuß — schleierdings vollziehen muß, ist nur die Anerkennung eines schon lange bestehenden Zustands, den viele nur bisher in seiner Schroffheit und Herbeheit selber nicht haben einsehen wollen. Bisher hat sich noch immer erwiesen, daß die Politik, den Kopf in den Sand zu stecken, die Gefahr für die Partei nur vergrößert hat. Soll die Partei nicht vollends auf die Klippen treiben, kann es jetzt nur eine Politik geben: reinliche Scheidung.“

Ersichtlich auf Lenschs Verlangen einzugehen, lohnt nicht. Gerade Paul Lensch sieht es besonders gut an, reinliche Scheidung zu fordern, ihm, der bei Ausbruch des Krieges bereit war, aus der Fraktion auszuscheiden, wenn die Fraktion für die Kriegskredite stimmen würde. Und dann entdeckte Paul Lensch die Notwendigkeit des Imperialismus in weitestem Maße. Mit Recht sagte schon Genosse Haase auf der Reichskonferenz:

Mit einem Lensch setzen wir uns nicht mehr auseinander, der gehört nicht mehr zu uns. Jetzt verlangt er reinliche Scheidung. Von einem Lensch brauchen wir uns nicht mehr zu scheiden, das ist schon geschehen. Lensch hätte schon aus der Partei ausgeschieden werden müssen, wenn die Partei auf reinliche Scheidung hält.

### Aus dem Gewerkschaftsleben.

Die Berliner Holzarbeiter haben bekanntlich beschlossen, ihre Verbindung mit dem „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialpatrioten, abzubrechen. Der „Vorwärts“ selbst, der ja das Gras der Regierung wachsen hört oder sich wenigstens so stellt, als wenn dem so wäre, hat diesem wichtigen Vorgang in der Arbeiterbewegung gegenüber Strümpfe auf den Ohren. Er hat seinen Lesern darüber noch nichts berichtet, obgleich ihm zweifellos ein Bericht über die Versammlung vorlag, die diesen Beschluß faßte. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission ist wenigstens so nett, darüber aus der „Holzarbeiter Ztg.“ zu berichten, wenn das auch nur in der Form geschieht, daß das Generalkommissionsblatt die Bedenken mitteilt, welche die „Holzarbeiter Ztg.“ gegen diesen Beschluß hat. Uebrigens ist alles, was die „Holzarbeiter Zeitung“ an Einwendungen gegen die Sperrung des „Vorwärts“ durch die Holzarbeiter zu sagen weiß, auch in der beschließenden Versammlung vorgebracht und erwogen worden. Wenn die Versammlung trotzdem dem Sperrbeschluß zustimmte, so mag man daraus ersehen, wie zwingend den Teilnehmern derselben die Gründe erschienen, die für den Beschluß sprachen.

Die Väter führten bekanntlich längst vor dem Kriege einen Kampf gegen die Nachtarbeit in den Bädereien. Diese in Verbindung mit dem von ihr untreibbaren Kost- und Logiszwang beim Meister ist die Mutter unzähliger Mißstände im Bädergewerbe, deren Bekämpfung bekanntlich auch kein Minderer als August Bebel seine scharfe Feder lieh, in der Schrift: „Zur Lage der Arbeiter in den Bädereien.“ Vor nunmehr zwei Jahren, am 5. Januar 1915 wurde aus Anlaß der durch den Krieg gebotenen Nationierung der Proviantversorgung auch ein Verbot der Nachtarbeit in den Bädereien erlassen. Alle Versuche der Väter aber, dieses Nachtbaderverbot aus einer Kriegserzerrungenschaft zu einem dauernden sozialen Fortschritt zu machen, sind bisher fehlgeschlagen. Der Hauptwiderstand gegen das Nachtbaderverbot ging früher von den Innungsmeistern aus, denen die gelben Bädergesellenorganisationen eifrig sekundierten. Heute haben sich die Bädermeister nicht nur mit dem Nachtbaderverbot abgefunden, sondern sich sogar zu diesem bekehrt. Der Zentralverband „Germania“ der deutschen Bäderinnungen nahm im Sommer 1915 eine Abstimmung über die dauernde Einführung des Nachtbaderverbotes vor. 38 502 Bädermeister stimmten dafür, nur 7025 dagegen. Da die Gegner des Nachtbaderverbotes erklärten, ohne das Votum der im Felde stehenden Kollegen einer endgültigen Regelung nicht zustimmen zu können, griffen die Gesellen den Gedanken auf und veranstalteten eine Abstimmung der im Felde stehenden Väter. Von 14 976 Abstimmenden erklärten sich dabei 14 887 für ein dauerndes gesetzliches Verbot der Nachtarbeit, nur 88 stimmten für Wiedereinführung der Nachtarbeit nach dem Kriege. 14 802 Abstimmende erklärten sich für sofortiges gesetzliches Verbot der Nachtarbeit, 167 wünschten die gesetzliche Regelung bis auf die Zeit nach dem Kriege verschoben. Bemerkenswert ist, daß auch 3718 von den im Felde stehenden Meistern für ein gesetzliches Verbot der Nachtarbeit waren und nur 77 dagegen stimmten. Es liegt demnach eigentlich kein triftiger Grund mehr dafür vor, den Erlass eines gesetzlichen Nachtbaderverbotes zu verzögern. Es dürfte kein Gewerbe geben, in dem die Herbeiführung einer sozialen Maßnahme je mit gleicher Eifrigkeit verlangt worden wäre. Die Petitionskommission des Reichstages hat demnach auch der Reichsregierung im

Oktober 1916 eine Petition der Bäcker um Beseitigung der Nacharbeit der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Da bisher in der Angelegenheit nichts geschehen ist, haben die Gehilfenverbände sich an die Reichsregierung gewandt, um Vorlage eines Gesetzes, durch welches die Arbeit in den Bäckereien und Konditoreien von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten werden soll.

Die Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften, die im November vorigen Jahres stattfand, beschäftigte bekanntlich auch die Frage „sozialdemokratischer“ Kriegervereine. Wie man jetzt erfährt, hatte der jetzige Chef-Redakteur des „Vorwärts“ Stamper das Referat zu diesem Thema. Er und sein Kollege von der D. A. B. A. meißter legten sich für diese Idee ein. Kähler, der Redakteur der „Holzarbeiter Ztg.“ und andere Redner sprachen dagegen. Es hat also den Anschein, daß die Nichtträger für die Krieger aber gegen die originelle Gründungs-Idee auftraten. Die Konferenz beschloß übrigens, die Frage den Verbandsvorständen zu überweisen. Sollte sie die Verbandsmitglieder, die schließlich die Vereine füllen sollten, nicht auch ein wenig angehen?

### Lebensmittelnachrichten.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung waren es wieder einmal Lebensmittelfragen, die den Gegenstand der Verhandlungen bildeten. Im Verlaufe des Krieges ist das wiederholt geschehen. Und auch diesmal bot wieder ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion Anlaß zur Kritik der unzulänglichen Maßnahmen der zuständigen behördlichen Organe. Solche Organe sind heute sehr zahlreich. Obenan steht der Bundesrat da, der auf dem Gebiete der Verordnungen einen Rekord erreicht haben dürfte, einen Rekord, der aber noch sehr der Steigerung unterliegt. Und dann haben wir noch andere Stellen. Da ist das Kriegsernährungsamt, dem die Lebensmittelversorgung obliegt. Dann folgen die Reichszentralstellen im einzelnen. Wir haben eine Reichsfleischstelle, eine Reichskartoffelstelle, Reichsfettstelle, eine Reichsgetreidestelle, Zentralstellen für Obst und Gemüse, für Fette und Öle und andere mehr.

Am schlimmsten sind die Gemeinden daran. Sie sind das Starnickel, das alle die vielen Verordnungen ausführen soll. Die Hauptsache ist, daß den Gemeinden alle die Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, die sie an die Einwohner der Gemeinden verteilen sollen. Wie sehr es damit hapert, zeigte der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Wurm in eingehender Weise. Da ist zunächst die Kartoffelfrage. Erst die Aufforderung an die Gemeinden, sich reichlich mit Kartoffeln einzudecken, dann Aufruf an die Bevölkerung, das gleiche zu tun, damit in der Frostperiode kein Mangel an Kartoffeln eintritt. Und dann mußte man erleben, daß alle Versprechungen gebrochen wurden. Plötzlich war man erleuchtet worden, daß die Kartoffelernte, die erst so glänzend sein sollte, sehr schlecht gewesen sei. Mit dem Fleisch, mit den Eiern und vor allem mit dem Fett sieht es nicht besser aus. Daß alles knapp ist, weiß jeder, daß aber sehr viele Leute, die zahlen können, auch heute noch ganz gut leben können, ist nachgerade auch bekannt. Genosse Wurm legte Richtlinien vor, nach denen der Magistrat auf die zuständigen Stellen einwirken möchte und die auf einen Produktionszwang hinauslaufen. Schließlich ist die Hauptsache die,

daß mehr Lebensmittel erzeugt werden, daß aber auch dafür gesorgt wird, daß die Selbstverfoger auf dem Lande aus der Rationierung nicht ausgeschaltet werden, wie das zwar nicht formell, aber doch tatsächlich der Fall ist.

Die Verhandlungen im Rathaus haben den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn v. Batocki, zu einem langen Schreiben an Herrn Bermuth veranlaßt, und der Berliner Oberbürgermeister hat wiederum dem Präsidenten eine Antwort gegeben. Daß aus diesem Schriftwechsel für die Bevölkerung viel herauskommen dürfte, muß bezweifelt werden.

Bemerkenswert aus der Besprechung im Rathaus ist eine Bemerkung des bürgerlichen Sprechers, Herrn Stadtverordneten Levy II, der darauf hinwies, daß die Kohlrüben nicht sehr begehrt wären. Natürlich, die Leute wollen lieber Kartoffeln haben, denn Kohlrüben können sie eben nicht mit Marmelade herrichten, wie ein Genosse dem Herrn zurief. Bemerkenswert war auch der Standpunkt des Stadtverordneten Kühnmann von der Freien Fraktion, der sich in gewissem Sinne die früher von Professor Elsbacher vertretene Theorie zu eigen machte, nach der hohe Preise den Verbrauch beschränken. Also immer höher hinauf mit den Preisen! Sie sind ja noch nicht hoch genug!

\*

### Eierversorgung.

Der Magistrat gibt bekannt: Trotz der jetzigen ungünstigen Produktionsverhältnisse hat es sich ermöglichen lassen, daß vom Freitag dieser Woche ab bis Ende Januar jedem Einwohner der Stadt Berlin ein Ei gewährt wird. Es kann allerdings in dieser, der Eierzeugung so ungünstigen Jahreszeit auf einen durchaus regelmäßigen Eingang der Zufuhren nicht immer gerechnet werden, daher wird der Eierverkauf in den Geschäften wohl nur allmählich vor sich gehen können. Es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß jeder Eierarteninhaber auf den Abschnitt 13 der neuen Eierkarte auch ein Ei ergattern wird. Die Karte hat eine neue, den inzwischen veränderten Verhältnissen mehr angepasste Einrichtung erhalten. Die Inhaber der Bezugskarten erhalten Eier auf Abschnitt 16. Der Magistrat wird künftig zugleich mit dem Nummernaufruf die Gültigkeitsdauer des aufgerufenen Abschnitts sowie die Höhe der auf diesen zu verabsolgendenden Eiermengen jedesmal bekannt machen. Es ist den Einwohnern in ihrem eigenen Nutzen zu empfehlen, den Besamtmachungen genaue Beachtung zuzuwenden. Wie die Versorgung nach dem 31. Januar sich gestalten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Sie richtet sich nach der Bitterung. Ist diese kalt, so ist die Legetätigkeit der Hühner gering und die Versorgung der Einwohnerschaft demgemäß ungünstig. Im anderen Falle ist die Besserung in der Versorgung mit dem wichtigen Nahrungsmittel zu hoffen.

\*

### Umschreibung für die Fleischerkundenlisten.

Den Berliner Einwohnern ist Gelegenheit gegeben, mit Beginn der neuen Fleischartenperiode ihren Fleischlieferanten zu wechseln. Wie der Magistrat bekannt gibt, findet in der Zeit vom 12. bis 14. Januar 1917 eine Umschreibung für die Kundenverzeichnisse der Fleischer statt. Wer umgeschrieben werden will, — ein Zwang zum Wechsel des Fleischers besteht nicht — muß sich zunächst von seinem bisherigen Fleischer in dessen Kundenverzeichnis lösen und über die Abmeldung eine schriftliche Bescheinigung ausstellen lassen, aus der die bisherige Nummer des Kundenverzeichnisses hervorgeht. Er muß sodann unter Angabe der Bescheinigung und Vorzeichnung des Mittelstücks der gegenwärtig (bis zum 21. Januar) geltenden Fleischkarte bei dem Fleischer, von dem er

in Zukunft Fleisch beziehen will, die Eintragung in dessen Kundenverzeichnis bewirken lassen. Der Fleischer muß, sofern die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind, die Eintragung vornehmen und dem neu eingetragenen Kunden eine Bescheinigung über die ihm zugewiesene Nummer aushändigen. Beim ersten Einkauf nach Beginn der neuen Fleischkartenperiode sind sodann die neuen Fleischkarten dem nummernreichen Fleischlieferanten vorzulegen, der auf der Rückseite des Mittelstücks seinen Namen, Geschäftstempel sowie Nummer des Kundenverzeichnisses zu vermerken hat.

### Landtags-Ersatzwahl im 4. Landtagswahlbezirk.

Durch die Beurteilung des Genossen Liebmacht ist neben dem Reichstagsmandat auch das Landtagsmandat erloschen. Es müssen Ersatzwahlen stattfinden.

Der Termin für die Wahlmännerersatzwahlen ist auf Mittwoch, den 21. Februar, angesetzt worden. Die erste engere Urwahl findet am Dienstag, den 6. März, statt, die zweite engere Urwahl am Dienstag, den 13. März. Die Abgeordnetenwahl soll dann am Dienstag, den 20. März, eine etwaige engere Wahl am Dienstag, den 27. März, stattfinden. Zum Wahlkommissar ist der Magistratsrat Dr. Prerauer und zu dessen Stellvertreter Magistratsrat Schulz ernannt worden. Die Ersatzwahl wird alle Schönheiten des Dreiklassenwahlrechts in bengalischer preußischer Beleuchtung erstrahlen lassen. Und das im Zeichen der Neuorientierung. Das Wahlrecht der im Felde Stehenden ruht nach den Bestimmungen von 1849. —

### Stadtverordneten-Ersatzwahl.

Der Magistrat hat einen neuen Termin für die im 7. Kommunalwahlbezirk der 3. Abteilung notwendig werdende Ersatzwahl festgesetzt, und zwar den Sonntag, den 28. Januar. Die Ersatzwahl war notwendig geworden, da Genosse Alfred Bernstein sein Mandat niedergelegt hatte. An seiner Stelle wurde Genosse Eichhorn gewählt, dessen Wahl aber für ungültig erklärt wurde, da Eichhorn die erforderliche Qualität als Hausbesitzer nicht besaß. Die Neuwahl findet nunmehr am 28. Januar statt. Da Genosse Eichhorn inzwischen die Hausbesitzerqualität erlangt hat, ist an der Wahl Eichhorns nicht zu zweifeln.

### Vortrag über das Hilfsdienstgesetz.

Nach Friedrichshagen war vom Gewerkschaftsstellvertreter eine öffentliche Volksversammlung, zum 3. Januar einberufen, in der Genosse Cohen vom Metallarbeiterverband einen Vortrag über das Hilfsdienstgesetz halten sollte. An den Vortrag sollte sich eine Versammlung anschließen. Die Genehmigung zur Versammlung wurde erteilt, nachdem der Einberufer auf Befragen erklärt hatte, der Referent sei Mitglied des Kriegsaussschusses und der Generalkommission. Die Versammlung war von mehr als 300 Personen besucht. Der Referent erklärte, seine Aufgabe sei nicht über die stützige Frage zu sprechen, ob das Gesetz notwendig gewesen sei, um den von ihm erstrebten Zweck zu erreichen. Man müsse sich an die Tat-

sachen halten und das Gesetz erläutern, damit möglichst viel zugunsten des Arbeiters erreicht werde. Er ging dann die einzelnen Paragraphen des Gesetzes durch. Unter anderem bemerkte er, der Name „Zwangsarbeitsgesetz“ passe nicht auf den Arbeiter, der Zwang berühre ihn ja nicht, da er stets zur Arbeit gezwungen sei. Wohl aber treffe er diejenigen, die bislang verstanden haben, sich bei Seite zu stellen und die nun in Hilfsdienstbetriebe eingeteilt würden. Der Vortrag mußte wegen Eintritts der Polizeistunde (10 Uhr) abgebrochen werden. Die Versammlung wurde zum 9. Januar vertagt. Zu Beginn dieser, nur von gegen 200 Personen besuchten Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß die Polizeibehörde die Genehmigung erteilt, aber eine Diskussion unterlagte habe. Auf der Polizei sei ihm gesagt worden, unter den Besuchern sei auch der Abg. Stadthagen gewesen, der ein Gegner des Gesetzes sei. Es sei zu befürchten, daß eine Diskussion das einträgliche Verhalten stören würde. Er, als Vorsitzender könne deshalb eine Diskussion nicht zulassen, und nach Schluß des Vortrages nur Fragen an den Referenten gestatten. Er werde dann eine eingelaufene Resolution zur Abstimmung bringen. Während des zweiten Vortrages las eine zweite Resolution ein. Der Referent erläuterte die §§ 11 bis 20 des Gesetzes und hob nochmals hervor, daß er über die Notwendigkeit des Gesetzes nicht reden wolle. Beide Resolutionen berührten sein Thema nicht. Er bitte, von einer Resolution Abstand zu nehmen, zumal doch eine Diskussion unmöglich sei. Es wurden nach Schluß des Vortrages einige Fragen an den Referenten gestellt. Sie gingen dahin: 1. Ist dem Referenten bekannt, daß im „Vorwärts“ am 26. November 1916 in einem Artikel der Frau Bohn-Schuch dafür eingetreten ist, daß das Gesetz auch auf die Frauen ausgedehnt werde und daß die Redaktion diesem Verlangen nicht widerprohen hat? Cohen umging die Beantwortung durch die Ausführung, daß bei den Frauen das Angebot die Nachfrage nach Arbeitskräften übersteige und von einer Unterstellung der Frauen unter das Gesetz deshalb nicht die Rede sein könne. 2. Stellt das Gesetz Unternehmer unter Strafe, die unter sich vereinbaren, bestimmte Arbeit nicht in Arbeit zu nehmen? Cohen verneinte diese Frage um er Verwerfung des Systems der schwarzen Listen und Betonung des Umstandes, daß eine Durchführung dieses Systems in der Kriegszeit infolge der Ausdehnung der Zahl der Betriebe und der Zahl der Arbeiter nicht durchführbar sei. Die dritte Frage, ob das Gesetz einen Arbeitgeber mit Strafe bedrohe, der einen Arbeiter nicht in Beschäftigung nehme, der sich zur Arbeit erbiere und für den Arbeit vorhanden sei? sowie die vierte Frage, ob dem Referenten bekannt sei, daß Professor Leibig erklärt habe, man könne die Frage nicht unbedingt bejahen, ob ein in Oberschlesien beschäftigter Arbeiter den Ablehrschein verlangen könne? ließ der Referent unbeantwortet. Eine fünfte Frage, was unter den ortsüblichen Löhnen zu verstehen sei, beantwortete er dahin, darüber seien nicht die in den Versicherungsgeetzen genannten ortsüblichen niedrigen Löhne, sondern Löhne zu verstehen, die am Orte als angemessen unter Berücksichtigung der Teuerung üblich seien.

Der Vorsitzende fragte auf nochmalige Anregung des Referenten, eine Abstimmung zu unterlassen, die Antragsteller, ob sie ihre Resolution zurückziehen. Beide verneinten dies. Es kam nun zur Abstimmung über beide Resolutionen. Die erste ging dahin:

Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste, daß die sozialdemokratische Fraktion für das Hilfsdienstgesetz gestimmt hat, damit die Arbeiter dem Unternehmertum ausgeliefert und den Schritt für Verschärfung und Verlängerung des Krieges gemacht hat. Sie tritt den Bestrebungen der Konterativen und des „Vorwärts“ aufs energischste entgegen, auch die Frauen in das Gesetz einzubeziehen. Hinreichende Ernährung, guter Lohn und Freiheit des Arbeiters

hätte die Fraktion fordern sollen, wie es die Arbeitsgemeinschaft getan hat. Die Versammlung verurteilt insbesondere, daß Gewerkschaftsabgeordnete das Gesetz zur Brüderbergerei für sich selbst mißbraucht und den Arbeitern den Zwang aufgepackt haben.

Die zweite Resolution sprach aus: Die Versammelten sind durchaus mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie ertönen ferner an, daß durch die intensive Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion und der Gewerkschaftsführer aller Parteien die Rechte der Arbeiter in weitaus größtem Maße sicher gestellt sind. Sie erwarten aber auch vom Ernährungsamt, daß auch genügende Lebensmittel, insbesondere Fett und Fleisch, zugeführt wird.

Bei der Abstimmung enthielt sich eine große Anzahl der Versammelten, unter denen sich viele Personen aus bürgerlichen Kreisen befanden, der Stimmen. Die erste Resolution wurde mit großer Mehrheit gegenüber der zweiten, auf die etwa 10 Stimmen fielen, angenommen.

### Die Nr. 17 des Mitteilungsblatt

ist vollständig vergriffen. Da aber immer noch Nachforderungen nach dieser Nummer einlaufen, bitten wir die Organisationen, die im Besitz überzähliger Exemplare sind, um umgehende Zurückerlieferung an das Verbandsbüro, Lindenstraße 3.

Genossinnen und Genossen! Gelesene Nummern des Mitteilungsblattes wirft man nicht weg, sondern schickt sie befreundeten Genossen ins Feld, die lebhaft nach Lektüre über die Parteiverhältnisse verlangen.

### Arbeiterbildungsschule.

In dieser Woche beginnen die Kurse und Vorträge des neuen Lehrplanes.

Sonntag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, nimmt die 4 Abende umfassende Vortragsreihe ihren Anfang, die der bildenden Kunst gewidmet ist. An der Hand von Lichtbildern wird Frau Dr. Liebknecht über „Meisterwerke der bildenden Kunst“ reden. — Der Eintrittspreis für den Vortrag beträgt 10 Pfennige.

Dienstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, beginnt der Kursus: „Vom Kapitalismus zum Sozialismus“, der eine Ergänzung und Fortführung des im vergangenen Vierteljahre abgehaltenen Kursus „Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ sein soll. Genosse Ernst Däumig wird einleitend die Umwälzung des Wirtschaftslebens durch die Maschine und sodann den Gang der kapitalistischen Wirtschaftsweise behandeln.

Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, nimmt der Kursus des Genossen Eduard Bernstein: „Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte“ seinen Anfang. Die Kurse, für die der Hörerbeitrag wieder auf 1 Mk. festgesetzt werden mußte, umfassen 10 Abende statt wie bisher in der Kriegszeit 8 Abende.

Alle Vorträge und Kurse finden im Hörsaale der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt. Die Bibliothek der Schule ist an allen Kursusabenden und außerdem Donnerstags von 8—9 Uhr geöffnet und kann gegen Vorzeigung einer Legitimation, wie Hörerkarte usw., unentgeltlich benutzt werden.

### Aus den Organisationen.

3. Wahlkreis. Dienstag, den 23. Januar, findet im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, ein Extra-Zahlabend statt, in dem ein Bericht über die Konferenz erstattet wird. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

In der Woche vor Weihnachten geleiteten die Genossen des 3. Kreises den Genossen Wilhelm Schölzel zu Grabe. In Schölzel verlieren die Genossen des 3. Kreises einen braven, pflichteifrigen Parteifreund, der zu den Mitbegründern des Wahlvereins gehörte und der bis zum letzten Atemzuge unserer Sache treu gedient hat. Mögen die Genossen dem Beispiele dieses Braven folgen.

Tempelhof. Unsere Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Reimer, Ordensmeisterstraße 57, statt. Vortrag des Genossen R. Müller über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Rosenthal-Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 2 Uhr im Lokal des Genossen Milbrodt, Waldseeferstraße 5 Mitglieder-Versammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen unserer Mitglieder. Die Bezirksleitung.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 14. Januar, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealkasino, Weichselstraße 8; Ober-Schöneweide, Clarastraße 2; Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurterstraße 6: Vortrag des Herrn Dr. B. Wille: „Alte Weisheit in bildlicher Verkleidung“. Gäste willkommen. Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 Uhr, bei Friß Wilke, Sebastianstraße 39, Mitglieder-Versammlung. Die Mitgliedskarte ist vorzuzeigen.

Zum Besten der Kinderbeschulungskommission veranstaltet der „Männer- und Frauenchor Ost“ am Sonntag, den 4. Febr., in der Festhalle des Stadthauses (Neues Rathaus), Eing. Klosterstr. 47/59, ein Konzert. Die Eintrittskarten mit Garderobe kosten 60 Pfennige. Die Genossen werden ersucht, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, die bei den Bezirksführern zu haben sind.

Einen Märchenabend veranstaltet der Spielerschule der Arbeiterschaft Neuköllns am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Karlsgarten“, Karlsgartenstraße. Eintrittskarten, 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. für Erwachsene, sind bei den Funktionären und im Büro des Wahlvereins, Redarstr. 3, zu haben.

#### Arbeiter-Radf.-Verein „Groß-Berlin“.

Unsere Versammlungen finden nach wie vor jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat bei Matschens, Forsterstraße 9, statt. 17. Januar: Generalversammlung.

### Freireligiöse Gemeinde.

Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 Uhr, findet die Mitglieder-Versammlung der Gemeinde bei Wilke, Sebastianstraße 39, statt.

Das Vorstandsmitglied Ernst Däumig wird einen Vortrag über das Thema „Unsere Aufgaben“ halten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. — Die Mitgliedskarte ist als Legitimation vorzuzeigen.

### Nachruf!

Als Opfer des Weltkrieges fielen die Genossen

**Max Jubelt**

am 21. November 1916 und

**August Klein**

am 19. Dezember 1916.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Gesamtpersonal der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

## Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

### 3. Wahlkreis.

Im Felde gefallen sind die Genossen

**Karl Mentke**, Kupferschmied

**Alwin Kühn**, Gastwirt

von der 8. Abteilung, 249. Bezirk.

### 6. Wahlkreis.

Am 23. Dezember fiel der 36jährige Metallarbeiter

**Paul Horn**

Bellermannstr. 17, 18. Abt., Bez. 818a.

### Wahlverein Henkölln.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Genossen, der 30 Jahre alte Schriftsetzer

**Julius Piotrowski**

Ringbahnstr. 31, 13. Bezirk,

und der 31 Jahre alte Bauarbeiter

**Otto Witt**

Ringbahnstr. 26, 13. Bezirk.

Am 5. Januar starb im Lazarett zu Gelsenkirchen an den Folgen seiner im Weltkrieg erlittenen Verwundung unser Mitglied, der Genosse

**Paul Wilke**

18. Bezirk, Unterbezirk.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim.  
Bezirk Rosenthal.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 29. Dezember 1916 unser Mitglied, der Former

**Oskar Weder**

im Alter von 41 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

## Nachruf.

### 2. Wahlkreis.

Am 7. Januar 1917 verstarb unser Mitglied

**Adolf Bienig**

Potsdamerstr. 70, Bezirk 66.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

### 5. Wahlkreis.

Am 2. Dezember ist unser alter Genosse

**Bresca**

verstorben.

Die Genossen des Kreises verlieren in ihm einen in der Partei ergrauten, eifrigen Parteigenossen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### 6. Wahlkreis.

Am Montag, den 1. Januar, verstarb unser Genosse, der Händler

**Otto Tausky**, Biesenthalerstr. 4.

Am Sonnabend, den 6. Januar, verstarb unser Genosse, der Maler

**Eugen Damerow**, Gartenstr. 63.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.

Am Montag, den 8. Januar, starb nach kurzem Krankenlager unser Genosse, der Arbeiter

**Cruft Schwarz**

im 56. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.  
Bezirk Lichtenberg.

Am 3. Januar verstarb an Gasvergiftung in Ausübung seines jetzigen Berufs, im Alter von 35 Jahren, unser Genosse

**Oskar Mohr**

Gruppe 62.

Ehre seinem Andenken!

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 16. Januar 1917, abends 8½ Uhr:

# Zwei Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

**Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23-24.**

**Frankes Festsäle, Badstraße 19.**

**Tagesordnung:** 1. Die Partei und ihre Strömungen. 2. Diskussion.

Referenten: Reichstagsabgeordneter Ewald Vogtherr und Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel.

Dienstag, den 23. Januar 1917, abends 8½ Uhr:



## Mitglieder-Versammlung



im „Stadt-Theater“, Alt-Moabit 47.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.